

Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Petitzeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unänderlicher Anzeigen in

Mittwoch
30
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. Jede Nachschreibung wird hinfällig bei gerichtlicher Verurteilung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Aufnahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Geschäftsstellen eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunclich berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 17 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl Königsstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königsstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Telefonnummer 44.

42. Jahrgang

Großes Hauptquartier, 29. Januar.

(W. B. Amtlich.)

An verschiedenen Stellen der Front Artillerietätigkeit.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In der Champagne entwickelten sich lebhaftere Artilleriekämpfe. Beiderseits der Straße Hilaire—St. Souplet scheiterten am Morgen kleinere französische Angriffsunternehmungen. Unsere Stellungen zwischen den von Somme—Pq und Ripont nach Südosten führenden Straßen lagen am frühen Nachmittage unter heftigstem feindlichen Feuer. Unter seinem Schutze stieß französische Infanterie mit Flammenwerfern zu starken Erfordernissen gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurden sie, zum Teil vor unseren Hindernissen, zum Teil im Nahkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand; mehrere Flammenwerfer wurden erbeutet.

Rege Fliegeretätigkeit führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon ab.

London und Sheerness wurden erfolgreich mit Bomben beworfen.

Frankzösische Flieger leiteten ihre Angriffe gegen unsere Lazarette fort. Während im Monat Dezember die Lazaretanlagen von Bethel mehrfach das Ziel ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Labry (östlich von Conflans) an.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in dem Abschnitt östlich von Asiago bis zur Brenta mit starken Kräften an. Am Mte. Silemo und westlich brachen ihre Angriffe vor den österreichisch-ungarischen Stellungen meist schon im Feuer zusammen. Der Mte. di Bas Bella, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entzogen. Ebenso waren unsere Verbündeten im Gebiet des Col del Rosso sowie zwischen der Frenzela-Schlucht und der Brenta den anstürmenden Feind nach schweren Kämpfen zurück. Wiederholte Versuche des Feindes, örtliche Einbruchsstellen durch den Einsatz seiner Reserven zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. 10 Divisionen und 350 Mann wurden gefangen.

Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht von 26. zum 27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bomben auf Castel Franco, Treviso und Mestre ab. Große Brände waren weithin sichtbar.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Tauchbootkrieg.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Tel. d. J. J. J. J.) Ueber den unmittelbaren Einfluß des Tauchbootkrieges auf die Kriegsführung geben folgende Zahlen ein Bild: Vom 1. Februar bis Ende Dezember 1917 sind 27 Truppentransport-Dampfer und 263 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden, darunter 97 Schiffe mit Munition und anderem fertigen Kriegsmaterial. Was die Entente verloren hat, würde genügen, um den Munitionsbedarf von 50 Divisionen zu 15 000 Mann bei normaler Gefechtsfähigkeit oder den Bedarf von 25 Divisionen bei Großkampfsfähigkeit zu decken.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 29. Jan. Der heutige Wiederbeginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk wird in der Presse mit dem Ausdruck der Hoffnung begleitet, daß nunmehr möglichst bald eine Klärung darüber herbeigeführt wird, ob die Maximalisten Frieden schließen wollen oder nicht. Die gestrige Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu dieser Frage wird allgemein dahin gedeutet, daß die Vertreter der Mittelmächte Schritte tun würden, um eine solche

Klärung herbeizuführen. So heißt es in der „Germania“: „Lange können sich die Auseinandersetzungen nicht mehr hinzuziehen; so oder so müssen sie nun zu Ende gebracht werden.“ (J. J. J. J.)

Eine Erklärung Trotskys.

Stockholm, 29. Jan. (W. B.) Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat Trotski auf dem dritten allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt:

„Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.“

Eine litauische Rundgebung an Rühlmann.

Bern, 29. Jan. (Priv.-Tel. d. J. J. J. J.) Nach einer Mitteilung des hiesigen polnischen Pressebüros haben die Vertreter der vereinigten politischen Parteien in Polen-Litauen in Wilna an Staatssekretär v. Rühlmann eine Erklärung abgesandt, in der unter Berufung auf den angenommenen Grundsatz eines Friedens ohne Annexionen und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker die Bestrebungen der polnischen Bevölkerung Litauens dahin ausgedrückt werden, daß nach Friedensschluß das gesamte besetzte Gebiet des historischen Litauens von beiden kriegführenden Seiten für unabhängig erklärt werde.

Unabhängigkeitserklärung der Ukraine.

Basel, 28. Jan. (Priv.-Tel. d. J. J. J. J.) Wie Havas aus Petersburg meldet, proklamierte die ukrainische Zentralrada mit 308 gegen 4 Stimmen die absolute Unabhängigkeit der ukrainischen Republik und sprach den Wunsch aus, mit Rumänien, der Türkei und den benachbarten Mächten in guten und freundschaftlichen Beziehungen zu leben. Bis zur Eröffnung der ukrainischen Konstituante wird die Zentralrada im Namen des ukrainischen Volkes die Geschäfte unter dem Namen „Rat der Volksminister“ führen.

Bolschewistische Umtriebe in Finnland.

Auflösung des Senats — Swinhufvud verhaftet

Stockholm, 29. Jan. „Aftonsbladet“ erhält aus Haparanda die Drahtmeldung, daß der Senat in Helsingfors durch revolutionäre Banden gestürzt wurde. Der schwedische Gesandte Ahlström, dem es noch im letzten Augenblick gelang, mit einem Sonderzug nach Nordfinland abzureisen, wird auf seinem Weg nach Schweden in Haparanda erwartet. Angeblich befindet sich auch der Landeshauptmann des Kreises Wasa auf dem Wege nach Schweden, vermutlich um die Hilfe der schwedischen Regierung zu erbitten. Bei der hiesigen finnischen Kolonie eingegangene Drahtnachrichten bestätigen, daß in Helsingfors der Senat von der roten Garde aufgelöst wurde. Swinhufvud ist verhaftet. Helsingfors befindet sich unter den Kanonen der Ostseeflotte. Nordfinland und die östlichen Landesteile befinden sich in den Händen der Bürgergarde. In mehreren Städten Nordfinlands, einschließlich des Kriegshafens Wasa, wurde die gesamte russische Garnison gefangen genommen. Die Bewaffnung der Bürgerschaft und der Landbevölkerung macht rasche Fortschritte.

In Schweden ist die Empörung über die Wortbrüchigkeit der Bolschewiki-Regierung gegenüber Finnland, dessen Unabhängigkeit dieselbe Regierung vor zwei Wochen anerkannte, allgemein. Allerdings scheint man in hiesigen finnischen Kreisen Hilfe für Finnland weniger von der schwedischen Regierung zu erwarten als von Deutschland.

Abbruch der Beziehungen zu Rumänien.

Petersburg, 28. Jan. (W. B.) Nach einem Petersburger Funkpruch hat die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgeschoben. Der Goldschatz Rumäniens, der in Moskau liegt, wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie erklärt. Die Räterregierung übernimmt für die Aufbewahrung dieses Goldes und die Übergabe an das

rumänische Volk die Verantwortung.

General Icherbatschew wird als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt.

Die rumänische Gesandtschaft verläßt Rußland.

Petersburg, 29. Jan. (W. B.) Die rumänische Gesandtschaft erhielt um 2 Uhr nachmittags den Befehl, Rußland binnen 10 Stunden zu verlassen. Die Abreise erfolgte um Mitternacht nach Stockholm.

Austritt des rumänischen Ministerpräsidenten.

Berlin, 29. Jan. Wie gemeldet wird, hat der rumänische Ministerpräsident Bratianu seine Entlassung gegeben. Zum Nachfolger soll General Averescu ernannt werden.

Die Ententekonferenz.

Genf, 29. Jan. (Priv.-Tel. d. J. J. J. J.) Die Ententekonferenz, die heute in Versailles beginnt und mehrere Tage dauern soll, erstreckt sich, wie aus den Namen der Teilnehmer hervorgeht, nicht nur auf die militärische, sondern auch auf die diplomatische Kriegsführung. Die Vertreter Frankreichs sind Clemenceau, Richon, General Foch und Weygand; England ist vertreten durch Lloyd George, Lord Milner und General Wilson, Italien durch Orlando und Sonnino.

Palästina als unabhängiger Staat.

Bern, 28. Jan. Wie das „Berner Tagblatt“ erfährt, wird die englische Regierung dieser Tage den unabhängigen Judenstaat in Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem proklamieren. Die heiligen Stätten sollen neutralisiert werden.

Argentinien.

Bern, 28. Jan. (W. B.) Der „Temps“ meldet aus Buenos Aires: Die Kammer hat die Vorschläge auf Abschaffung der Gesandtschaften in Berlin und beim Vatikan abgelehnt.

Streikbewegung in Berlin.

Berlin, 29. Jan. Ein Ende voriger Woche durch Flugblätter angekündigter Ausstand ist gestern eingetreten. Wenn auch eine genaue Uebersicht über die Zahl der Ausständigen noch fehlt, wurde sie doch heute mittag in Berlin, nach hiesigen Klärungen, auf mehrere hunderttausend geschätzt. Nach amtlicher Feststellung sind es ganz erheblich weniger. Auch die Nachrichten aus der Provinz zeigen, daß die Bewegung an Umfang gewinnt, und es sollen bereits aus verschiedenen Städten und Industriegebieten Vertreter der Arbeiterschaft nach Berlin angemeldet sein.

Heute vormittag fanden in Berlin Verhandlungen zwischen Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes und den Vertrauensmännern der Streikenden statt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschäftigte sich mit der Bewegung in einer Ausschussung, in der nach dem „Berliner Tageblatt“ die Neutralität der Gewerkschaften beschlossen wurde. Nach Ansicht der Generalkommission stellt sich die Streikbewegung als eine rein politische Angelegenheit dar. Die Gewerkschaften sind auch an der Entstehung des Streiks in keiner Weise beteiligt, er ist vielmehr aus der Arbeiterschaft herausgewachsen.

Als Hauptforderungen wurden aufgestellt: Das gleiche Wahlrecht für Preußen, Frieden, Neuordnung der Lebensmittellieferung, Freigabe der verhafteten Führer.

In den Betrieben, in denen gestreikt wird, sind Delegierte gewählt worden, die sich, dem genannten Blatte zufolge, zu einem Arbeiterrat zusammenschließen haben. Dieser Arbeiterrat besteht aus 500 Arbeitern, die ihrerseits wieder einen Aktionsausschuß gewählt haben. Dieser Ausschuß besteht aus zehn Arbeitern und einer Arbeiterin. Hinzugezogen sind sechs sozialdemokratische Abgeordnete, und zwar drei Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie und drei der alten sozialdemokratischen Partei. Von den Unabhängigen gehören Haase, Ledebour und Dittmann, von der alten Partei Scheidemantel, Ebert und Braun dem Ausschuß an. Der Aktionsausschuß hat heute vormittag beschlossen, in der energischsten Form gegen das Versammlungsverbot vorzugehen.

Es ist zu diesem Zweck eine Deputation von fünf Ar-

beitern und vier Abgeordneten gewählt worden, die mit dem Staatssekretär Wallraf verhandeln sollen, um die auf Grund des Vereins- und Versammlungsrechtes gewährleistete Versammlungsfreiheit durchzusetzen. Die Deputation setzte sich, wie das „Berliner Tageblatt“ weiter berichtet, telefonisch mit dem Staatssekretär in Verbindung um einen Zeitpunkt für ihren Empfang zu vereinbaren. Der Staatssekretär lehnte zunächst ab, die Deputation zu empfangen. Er begründete die Ablehnung damit, daß er mit den Arbeitern nicht verhandeln könne, er bedeutete aber, daß er bereit sei, mit den Abgeordneten in Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen mit den Arbeitern lehnte der Staatssekretär sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er über die allgemeinen politischen Fragen mit ihnen keine Aussprache führen könne, da Besprechungen dieser Art vor das Forum des Reichstages gehörten. Die geplante Unterredung ist daraufhin unterblieben. Die Abgeordneten Scheidemann und Haase und zwei Arbeiter begaben sich zum Staatssekretär, um ihm nur mitzuteilen, daß der Aktionsausschuß einstimmig beschlossen habe, daß nur unter Hinzuziehung der Arbeiter verhandelt werden könne.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ richtet an die Streikenden eine ernstliche Mahnung zur Besonnenheit und Rüstete zur Arbeit, in der es heißt:

„In Berlin und an einzelnen Stellen im Reiche bemühten Arbeiter den jetzigen Augenblick zu dem Versuch, durch Niederlegen der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeten Ausschuß stellte Forderungen auf, die sich u. a. auch mit innerpolitischen Fragen beschäftigen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit ausdrückt, die von ihr zugesagten Reformen im Innern durchzusetzen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus. Was die gleichfalls in den Forderungen berührten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil dessen führen muß, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie deren Verlauf, indem sie unseren Feinden in ihren Ansprüchen gegen unsere Unterhändler beigetreten sind. Die Regierung, die in Brest-Litowsk verhandelt, um zu einem Frieden zu gelangen, der die deutschen Lebensinteressen sichert, dabei aber das freundschaftliche Verhältnis zu unseren bisherigen Feinden möglich macht, wird sich durch derartige Rundgebungen von dem als richtig erkannten Weg nicht abbringen lassen. Sie muß vielmehr erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Ueberlegung baldigst von der Schädigung ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden heilige Pflicht gegen das Vaterland ist. Noch stehen wir in einem schweren Kampfe. Jeder, der in der Heimat die Arbeit vernachlässigt oder gar niederlegt, versündigt sich an unseren Brüdern im Felde, die mit ihrem Blut unter den größten Anstrengungen und Gefahren den Feind abwehren, der es auf die Niederwerfung Deutschlands, die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Stellung und damit auf die Verarmung des deutschen Volkes, also auch der deutschen Arbeiterklasse, abgesehen hat. Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch dem Vaterlande beweisen, wird das Seine dazu beitragen, um die Streikbewegung baldigst zu Ende zu bringen.“

Die Einberufung des Reichstags beantragt.

Wie das „Berl. Tageblatt“ erfährt, hat die sozialdemokratische Fraktion bei dem Präsidenten des Reichstags die sofortige Einberufung des Reichstags beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit der unruhigen Lage, die durch die Streikbewegung geschaffen worden sei.

Die „Deutsche Zeitung“ auf 3 Tage verboten.

Berlin, 26. Jan. Das Erscheinen der „Deutschen Zeitung“ ist vom Oberkommando in den Marken zunächst auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

Bernerstorfers Nachfolger.

Wien, 29. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Das Abgeordnetenhaus wählte den deutschen Sozialdemokraten Seitz zum Vizepräsidenten an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Bernerstorfer.

Die Aländer wollen eine Vereinigung mit Schweden.

Stockholm, 29. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Wie Stockholmer Zeitungen berichten, traf gestern in Stockholm eine aus fünf Mitgliedern bestehende Abordnung von den Aländersinseln ein, die die Aufgabe hat, den Wunsch der Aländer nach Vereinigung mit Schweden auszudrücken. Die Abordnung führt auch eine Massenadresse mit 8000 Unterschriften mit sich, in der der gleiche Wunsch ausgesprochen wird.

Neue Kämpfe in Rußland.

Haag, 29. Jan. Aus London wird berichtet: Nach heute eingetroffenen Nachrichten gehen die Bolschewiki zum Kampf mit den Ukrainern über, nachdem sie vorher ihre Unabhängigkeit anerkannt haben. Auch zwischen den Rumänen und den Bolschewiki ist der Kampf entbrannt.

Der finnische Senat hat Helsingfors verlassen.

Stockholm, 29. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Wie die hiesige finnische Gesandtschaft heute telegraphisch erfährt, hat der finnische Senat Helsingfors verlassen und sich an einen unbekannten Ort begeben, um dort seine Arbeit fortzusetzen. Die Stadt ist von russischen Truppen besetzt worden.

Lokalnachrichten.

* Rönigstein, 30. Jan. Trotz mehrfacher Aufforderung sind noch eine Anzahl Gewerbetreibender mit der Anmeldung ihres Warenverkehrs im Rückstande. Ebenso muß die Versteuerung der Pacht- und Mietverträge bis 31. Januar erfolgt sein, andernfalls Bestrafung eintritt.

* Was lesen unsere Feldgrauen am liebsten? Man schreibt aus dem Felde: An Lesestoff mangelt es im allgemeinen hier nicht, doch ist mir die Heimatzeitung stets am liebsten. Sie unterrichtet mich über alles Wissenswerte von daheim und ist mir stets ein angenehmer Bote. In der Ferne und namentlich im Kriege lernt man erst recht den Wert des Heimatblattes schätzen!

— Für wen kämpft der Feldgrau da draußen. Nicht für den, denn sein Leben ist dem Kriegesgeschick verfallen, — er kämpft für uns, die Daheimgebliebenen — für unsere Ruhe und Sicherheit. Wenn wir uns dieser Tatsache nur in jedem Augenblick bewußt wären! Dann würden wir alle Gelegenheiten, die es uns ermöglichen, dem Soldaten das schwere Draußenlos zu erleichtern nur als einen ganz schwachen Ausdruck für eine Riesenankesschuld begrüßen. In den Soldaten und Marineheimen ist uns solch herrliche Gelegenheit geboten, einen Teil unserer dankbaren Liebe über unsere ferneren Kämpfer ausströmen zu können. Wenn ein jeder von uns, nach seinem Vermögen ein Scherlein beisteuert, und es nicht nur bei der guten Absicht läßt, kann es nie an Mitteln fehlen, diese köstlichen Heimstätten mit allem auszustatten, was dem Leibe und der Seele unserer Krieger nützt. Ja, bis in die entlegensten Kampfzonen können wir dann unsere Liebe tragen und den gänzlich Heimatlosen wirklich ein Stück Heimat bringen.

* Fischbach, 29. Jan. Einen recht erbaulichen, das religiöse Leben erhebenden, die Kaisertruppe stützenden und das fidele Empfinden entzündenden Familien-Abend veranstaltete am Sonntag der „Volkverein für das kath. Deutschland“ im gut besetzten Saale „Zum grünen Baum“. Eröffnet wurde die Feier vom Vorsitzenden Herrn Adam Ailb. Alsdann hielt der hochw. Vater Ludgerus-Kellheim die Festrede zur Kaiser-Geburtsfeier. Er schilderte seine Majestät als Friedenskaiser und Kriegsherrn, sowie als gläubigen Diener Gottes. Seine Rede schloß mit einem dreifachen Hoch auf Seine Majestät, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. Hierauf wurde stehend die Kaiserhymne gesungen. Den zweiten Teil des Abends füllte der hochw. Herr Vater aus durch Vorführung von Lichtbildern über das allerheiligste Sakrament, über seine Entstehung, Wunderkraft und Verehrung bis in die heutige Zeit. Sehr erhabende, das christliche Herz ergreifende Bilder wurden den Erschienenen vor Augen geführt, wobei zwei Sakramentslieder gesungen wurden. Reicher Beifall wurde dem hochw. Herrn am Schluß seiner Vorstellungen zuteil. Den dritten Teil des Abends füllte die Jugendabteilung des Vereins aus durch Aufführung humoristischer Theaterstücke. Auch Gedichte von Schülerinnen wurden vorgetragen. Am Schluß sprach unser Bürgermeister Wittenfend den zahlreichen Erschienenen Worte des Dankes aus, ganz besonders auch dem hochw. Vater Ludgerus und schloß mit dem Wunsch auf baldiges Wiedersehen. Auch der hochw. Herr ergriff nochmals das Wort und wünschte dem Volksverein ein gesundes Gedeihen und Vorwärtkommen.

* Eppstein, 28. Jan. Donnerstag den 24. ds. Mts. fand im Gasthaus „Zur Rose“ eine Kinovorführung „Die Sommerkinder“ statt. Herr Paul Rosenlecher hat wieder einen Betrag gestiftet, wodurch der Jugendwehr freier Eintritt ermöglicht wurde. Dem edlen Spender sei herzlichster Dank.

Von nah und fern.

Homburg, 29. Jan. Die Kaiserin traf gestern früh wieder zu längerem Aufenthalt hier ein.

Frankfurt, 29. Jan. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung beschäftigte man sich mit einer Reform der Gemeindeverfassung, wozu die Fortschr. Volkspartei und die Sozialdemokratie Wahlrechtsanträge gestellt hatten. Oberbürgermeister Voigt wies auf das Gemeinsame in den Grundgedanken der beiden Anträge hin und stimmte ihnen zu. In einer gemeinsamen Eingabe mußte darauf hingewiesen werden, daß eine Aenderung der Gemeindeverfassung unter keinen Umständen eine Verschlechterung des Frankfurter Wahlrechts bedeuten dürfe. In der Hauptsache stimmte der Magistrat dem völksparteilichen Antrage zu. Es sei wünschenswert, wenn auch die Sozialdemokratie sich diese zu eigen mache. Wer den inneren Frieden in unserem Vaterlande erhalten haben wolle, müsse für eine Reform der Gemeindeverfassungsgesetze eintreten. Der Zensus sei nicht bedeutungslos. Ohne Aufhebung des Zensus seien nicht nur viele Frauen, sondern auch Kriegsbeschädigte nicht wahlberechtigt. Der Magistrat habe sich aus Gründen der Gerechtigkeit für das Frauenstimmrecht erklärt. Die Frauen hätten in allen Kreisen mit Sachkunde und wirtschaftlichem Sinne gearbeitet. Der Magistrat trat ferner für Erteilung des Wahlrechts bei Vollendung des 24. Lebensjahres bei einjährigem Wohnsitz ein. Er habe die Einführung der Verhältniswahl miterörtert und hält diese für die allein gerechte. Er sei für Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und für die Wahlbarkeit der Gemeindebeamten. Er stimmte der Aufhebung des Rechts des Königs auf Ernennung des ersten Bürgermeisters und auf Bestätigung des zweiten Bürgermeisters zu. Die Stadtverordneten-Versammlung müsse das Recht zu selbständigen Eingaben haben, das staatliche Aufsichtsrecht sei wesentlich einzuschränken. Der Oberbürgermeister empfahl schließlich, die Wahlrechtsanträge gemeinsam auszuarbeiten und alsbald eine gemeinsame Petition an die zuständige Stelle abzugeben. Stadtv. Janniger (Ztr.) stimmte den völksparteilichen Anträgen zu, sprach

sich aber für die Verhältniswahl aus. Angenommen wurde folgender Antrag Gehrke-Wittich: Die Stadtverordneten-Versammlung begrüßt die Stellungnahme des Magistrats, die mit den Grundgedanken der Anträge der Fraktionen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie übereinstimmt, und ersucht den Magistrat, gemeinschaftlich mit ihr in einem gemischten Ausschuß, bestehend aus 7 Stadtverordneten und 6 Magistratsmitgliedern, die Eingabe an die königliche Staatsregierung und die beiden Häuser des Landtags fertigzustellen.

Wiesbaden, 29. Jan. Einen bösen Hineinfall erlebte hier eine Frau, die einen großen Vorrat Mehl hamstern wollte. War da zu ihr dieser Tage ein junger Mann gekommen mit einer Probe von gutem Weizenmehl, das er zum Preise von 3.50 Mark das Pfund anbot. Die Frau ging auch auf den Handel ein und bestellte sich davon, so viel sie kriegen konnte. Daraufhin lieferte ihr der Unbekannte sofort ein Paket im Gewicht von vierzig Pfund, erhielt sein Geld und verschwand. Als die Frau das Mehl in Gebrauch nehmen wollte, stellte es sich heraus, daß der ganze Inhalt des Pakets aus Gips bestand. Es ist möglich, daß der Schwindler, der die Hamsterleidenschaft in so geschickter Weise für sich auszubenten weiß, auch anderwärts den Handel verjudet.

Gimbshausen, 28. Jan. Von 50 Mark auf 14 bis 22 Mark ist der Preis des Gurkensamens gesunken.

Darmstadt, 29. Jan. Der 50 Jahre alte Händler Philipp Kraft 19r in Hahn bei Pfungstadt hat das Vertrauen eines hiesigen Viehhändlers schwer getäuscht. Dieser gab ihm mehrere Tausend Mark zur Auszahlung an die Landwirte für gekauften Vieh. A. behielt aber den Betrag für sich und verschwand unter Mitnahme eines weiteren für Rüben ihm anvertrauten Betrages mit einer Darmstädter Kriegerfrau auf mehrere Wochen nach Berlin und anderen Plätzen Norddeutschlands. Die fidele Fahrt kostete ihn jetzt 1 Jahr Gefängnis, wovon 4 Monate Untersuchungshaft abgezogen werden.

Kriegsbeihilfen.

Berlin, 29. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Entsprechend den Grundgesetzen für die Gewährung von Kriegsbeihilfen aus Anlaß der Teuerung an Zivilbeamte im Ruhestand und deren Hinterbliebenen werden jetzt auch pensionierten Beamten der Heeresverwaltung und deren Hinterbliebenen Kriegsbeihilfen gezahlt. Auch die pensionierten Offiziere und Rentempfänger und ihre Witwen und Waisen können ebenfalls mit laufenden oder einmaligen Kriegsbeihilfen bedacht werden, für deren Bewilligung bei den Offizieren usw. das Kriegsministerium, bei Rentempfängern usw. das örtlich zuständige stellvertretende Generalkommando in Frage kommt.

Kleine Chronik.

Mannheim, 29. Jan. In der Wohnung des Werführers Korn explodierte eine von einem Soldaten aus dem Felde mitgebrachte Granate. Frau Korn, der Buchdrucker Otto Heinrich und vier Kinder wurden schwer verletzt.

Airn, 28. Jan. Gestern morgen fand auf der Bahnhofsrampe eine Leichenfeier für 11 bei dem Eisenbahnunfall ums Leben gekommene Unbekannte statt. Am Ehrenfriedhof wurden die Särge aufgestellt. Pfarrer Vogelsang und Pastor Buhr hielten Ansprachen. Eisenbahndirektionspräsident Rasche sprach namens der Eisenbahndirektion seine Anteilnahme aus. Ihnen schloß sich Linienkommandant Major Schulz an und widmete im Namen der Heeresverwaltung den Verunglückten Abschiedsworte. Nach der Ehrensalve wurden die Särge in die Erde gebettet. — Unter den 11 Beerdigten befindet sich kein Offizier, obwohl bisher 35 Offiziere als Vermisste gemeldet wurden.

Mülheim (Ruhr), 29. Jan. Im benachbarten Seibed wurden die beiden Frauen Schmid, Lante und Nichte, in ihrem Landhaus ermordet aufgefunden. Sie sind auch beraubt worden.

Dortmund, 30. Jan. Der Vorsteher des Bahnhofs Annen-Süd bemerkte bei Prüfung eines in die Station eingelaufenen Zuges einen Wagen, der von einem Feldwebel eines Wachkommandos und einer Zivilperson begleitet war und „Zünder für Granaten“ enthalten sollte. Da es nicht üblich ist, daß den Zündern Begleiter beigegeben werden, schöpfte er Verdacht und ging der Sache auf den Grund. Nach Ausweispapieren gefragt, mußten die beiden Begleiter der „Zünder“ gestehen, daß sie nicht im Besitz solcher seien. Dem Verlangen, den Wagen zu öffnen, widersetzten sie sich. Der Bahnhofsvorsteher ließ sich nicht wandeln machen und öffnete den Wagen. Was aber erblickten seine Augen da anstatt der Granatzünder? Rund 100 Zentner Erbsen, 10 Zentner Reis, etwa 21 Zentner Mehl, 50 Zentner grüne Bohnen, 9 Zentner frisches und 4 Zentner geräucherter Speck, 4 1/2 Zentner Rauchfleisch, 3 1/2 Zentner Blumen. Diese Herrlichkeiten hatte die Deutsche Maschinenfabrik in Duisburg an die Maschinenfabrik in Wetter abgehandelt. Allerdings erreichten die Lebensmittel ihren Bestimmungsort nicht, denn sie wurden für die Gemeinde Annen beschlagnahmt.

Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge bei Mainz

Das „Berl. Tageblatt“ berichtet aus Mainz: Im Bahnhof Uhlborn stieß infolge falscher Weichenstellung bei dichtem Nebel der Personenzug 1243, der von Mainz nach Rdn unterwegs war, auf einen Rangierzug auf. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.

Große Feuersbrunst in New-York-Brooklyn.

Französische Blätter melden eine riesige Feuersbrunst in New York-Brooklyn habe Dods auf einer Länge von 3000 Meter sowie staatliche Speicher zerstört.